

# „Wir müssen der Musterschüler sein“

Liechtenstein sei in Krisenzeiten ein sicherer Hafen für Anleger, sagt **Regierungschef Daniel Risch**. Gleichzeitig tue man viel, um den Ruf als Steueroase loszuwerden VON FELIX PETRUSCHKE

**€uro:** Herr Risch, ich habe gelesen, dass Sie während Ihres Studiums in München oft als Luxemburger bezeichnet wurden. Auch in offiziellen Dokumenten. Hat Sie das gestört?

**Daniel Risch:** (lacht) Natürlich! Als Liechtensteiner bin ich stolz auf mein Land und auf seine 300-jährige Geschichte. Auch heute muss ich noch oft erklären, dass wir zwischen Österreich und der Schweiz eingebettet sind. Das ist man als Liechtensteiner aber gewohnt.

**Wir treffen uns in unruhigen Zeiten. Erfahrungsgemäß suchen dann viele Menschen nach „sicheren Häfen“ für ihr Geld, böswillig gesagt: nach Verstecken. Ist Liechtenstein für Anleger gerade besonders interessant?**

Liechtenstein ist seit Jahren nicht mehr interessant, um Geld zu verstecken. Seit der Steueraffäre 2008 verfolgen wir eine konsequente Weißgeldstrategie und kooperieren vollumfänglich mit den Steuer- oder Ermittlungsbehörden anderer Länder. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

**Aber?**

Liechtenstein ist politisch gefestigt. Seit fast 100 Jahren wird die Regierung von einer großen Koalition gestellt, die zusammen auf rund drei Viertel der Wählerstimmen kommt. Auch das Zusammenspiel mit dem Fürstenhaus funktioniert sehr gut. Hinzu kommt, dass wir wirtschaftlich mit dem Zollvertrag und dem Schweizer Franken als Währung eng mit der Schweiz verbunden sind

und gleichzeitig am Europäischen Wirtschaftsraum partizipieren. Diese Stabilität macht uns für Anleger als sicherer Hafen interessant.

**Merken Sie, dass in den vergangenen Monaten vermehrt Leute ihr Vermögen nach Liechtenstein bringen?**

Tagesaktuell kann ich das nicht beurteilen. Aber wir spüren schon, dass in Zeiten großer Unsicherheit die Nachfrage steigt. Das war zum Beispiel auch während des Bundestagswahlkampfes 2021 der Fall.

**Sie meinen, dass viele Deutsche Angst vor einem Linksrutsch hatten?**

„Viele“ vermittelt einen falschen Eindruck. Das klingt, als ob die Leute hier Schlange stehen. Meistens sprechen wir von einer Handvoll Menschen am Tag. Sie müssen das aber im Verhältnis zu unserer Bevölkerung von rund 40 000 Menschen sehen – da sind auch fünf Personen keine ganz kleine Menge.

**Und die, die kommen, bringen viel Geld mit...**

Es liegt in der Natur der Sache, dass man sich erst ab einer gewissen Summe Gedanken um sein Vermögen machen beziehungsweise machen kann. Aber wir werden nicht mit Geld geflutet. Anders als etwa in Frankfurt oder London sehen Sie in Vaduz auch keine Hochhäuser, Banktürme oder Ähnliches.

**Trotzdem sind die verwalteten Gelder mehr als beachtlich. Die fürstliche LGT Bank soll fast 280 Milliarden Euro verwalten. Das ist etwa ein Drittel der Summe der Deutschen Bank.**

Die LGT ist im internationalen Vergleich sicher eine große „Kleinbank“, die ihre Geschäfte auch nicht nur in Liechtenstein macht.

**Wenn heute alles legal ist, was können liechtensteinische Banken besser als andere?**

Das müsste man jetzt am besten die Kunden fragen (lacht). Ich glaube aber nicht, dass Banken und Vermögensverwalter Leistungen anbieten, die es sonst nirgends gibt. Was Liechtenstein auszeichnet, ist die Erfahrung bei der Vermögensverwaltung, die sehr gute Ausbildung der Mitarbeiter und ein hohes Maß an Sicherheit.

**Stichwort Ukraine-Krieg: Ihre Regierung hat die westlichen Sanktionen gegen Russland sehr schnell übernommen, anders als etwa die Schweiz.**

**Wurden Sie von den USA oder der EU unter Druck gesetzt?**

Nein, überhaupt nicht. Als wir gesehen haben, was in der Ukraine passiert, war für uns sofort klar, dass wir die Sanktionen ohne Wenn und Aber umsetzen. Das ging übrigens nicht nur von der Regierung aus, sondern wurde auch vom Finanzplatz unterstützt.

**Dennoch waren in Liechtenstein russische Gelder, auch von Oligarchen, in der Vergangenheit gern gesehen.**

Also gern gesehen würde ich so nicht sagen. Denken wir mal andersherum: Wenn wir uns vor einem halben Jahr getroffen hätten, dann hätte ich zu der Frage „Haben Sie auch russische Kunden?“ gesagt: Einen Finanzplatz ohne



**Daniel Risch**, 44, ist seit dem 25. März 2021 Regierungschef von Liechtenstein. Die Wahl fiel denkbar knapp aus: 23 Stimmen gaben am Ende den Ausschlag zu seinen Gunsten. Der Betriebswirt hat in St. Gallen, Zürich und München studiert. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Das Fürstentum Liechtenstein, vielen vor allem als Finanzplatz bekannt, grenzt an Österreich und die Schweiz und ist mit rund 40 000 Einwohnern auf 160 Quadratkilometern das sechstkleinste Land der Erde. Die Fürstenfamilie zählt jedoch zu den reichsten Monarchen weltweit. Ihr Vermögen wird auf mehrere Milliarden Euro geschätzt. Liechtenstein ist Mitglied im EU-Binnenmarkt und hat einen Zollvertrag mit der Schweiz. Das sei „der Fünfer zum Weggli“, zitiert Risch ein Schweizer Sprichwort.

ALLE BILDER: YANNICK ZURFLÜH

russische Kunden gibt es wahrscheinlich auf der ganzen Welt nicht.

**Was haben Sie bisher unternommen, um die Sanktionen umzusetzen?**

Die Banken und Treuhänder sind angehalten, ihre Kundenbestände auf Namen von russischen Personen zu durchforsten, die auf den Sanktionslisten stehen – und natürlich arbeiten auch die Behörden und die Finanzplatzteilnehmer eng zusammen. Es geht jetzt erst einmal darum, diese Gelder aufzuspüren und dann zu sperren. Nichts darf mehr übertragen oder verkauft werden, was einem der Sanktionierten zuzurechnen ist.

**Können Sie Erfolge nennen?**

Namen kann ich nicht nennen. Ich kann aber bestätigen, dass bereits Gelder gesperrt wurden.

**In Deutschland haben wir große Schwierigkeiten festzustellen, wem welche Villen oder Jachten gehören.**

**Haben Sie einen Rat an Olaf Scholz?**

Als Kleinstaat wäre es vermessen, einen Rat zu erteilen. Die Verhältnisse sind dafür einfach zu unterschiedlich. Dennoch haben wir im Kleinen alles, was Deutschland im Großen hat, zum Beispiel eine Finanzaufsicht und eine Abteilung für Geldwäschebekämpfung. Unser Vorteil sind die sehr kurzen Wege: Dadurch können wir rasch und schlagkräftig handeln. →



**Offen:** Euro-Reporter Felix Petruschke war überrascht, wie entspannt Daniel Risch auch mit kritischen Fragen umging

**Trotz aller Fortschritte wird Liechtenstein noch immer häufig als Steueroase bezeichnet. Zu Recht?**

(lacht) Das kommt darauf an, wie man sich eine Steueroase bildlich vorstellt. Bei uns ist es auch sehr schön – ganz ohne Wüste oder Palmen. Aber im Ernst: Die Unternehmensteuern liegen derzeit bei 12,5 Prozent. Die Frage ist für uns: Warum sollten wir die Steuern erhöhen, wenn wir auch so einen ausgeglichenen Staatshaushalt haben und schuldenfrei sind?

**Ab dem kommenden Jahr gilt die globale Mindeststeuer von 15 Prozent.**

Ja, begeistert sind wir davon nicht, aber wir tragen diesen Kompromiss mit. Wichtig ist, dass die Mindeststeuer für alle gelten muss und es keine Ausnahmen, etwa durch Sonderwirtschaftszonen, gibt. Wir fürchten durch die Mindeststeuer aber nicht, dass Unternehmen abwandern. Viele unserer größten Firmen, Hilti, Ivoclar, Hoval oder die heutige Thyssenkrupp Presta, sind hier entstanden. Insgesamt macht die Industrie rund 45 Prozent unserer Wirtschaftsleistung aus, der Finanzplatz im Vergleich nur die Hälfte davon.

**Andere Staaten unterhalten eigene Steuerparadiese. Die USA etwa mit Delaware und Großbritannien auf den Cayman Islands. Ärgert Sie das?**

Ja, das ärgert uns! Wir strengen uns immer besonders an, um internationale

Standards zu erfüllen, müssen gewissermaßen der Musterschüler sein, während andere Staaten vergleichsweise unbehelligt ihre eigenen Niedrigsteuer-Standorte unterhalten.

**Immer wieder werden von Hinweisgebern riesige Datensätze mit Steuerbeitrügern publik gemacht, wie etwa die Panama Papers oder die Suisse Leaks. Fürchten Sie, dass irgendwann die Liechtenstein Leaks enthüllt werden?**

Nein, ich kann ruhig schlafen. Ich bin überzeugt, dass wir gute Kontrollinstrumente haben, und ich wäre sehr überrascht, wenn tatsächlich irgendwelche krummen Geschäfte ans Licht kommen, die nicht bereits verfolgt werden. Man muss bei diesen Leaks genau hinschauen: Häufig werden Fälle medial aufgebauscht, die bereits zehn oder mehr Jahre zurückliegen – und die mit den heutigen Regeln nicht mehr vereinbar sind. Das bedauere ich, weil es unseren Anstrengungen, ein sauberer Finanzplatz zu sein, nicht gerecht wird.

**Die liechtensteinische Steueraffäre wurde 2008 ebenfalls durch einen Informanten öffentlich. Ein Mitarbeiter der LGT Bank, Heinrich Kieber, hat Daten über Schwarzgeldkonten an ausländische Staaten verkauft. Wie werden Hinweisgeber, die Missstände offenlegen, bei Ihnen geschützt?**

Der Fall Heinrich Kieber liegt fast 15 Jahre zurück und ist schon lange

nicht mehr relevant. Liechtenstein verfügt, wie auch die EU-Staaten, seit Längerem über Portale für Hinweisgeber, zum Beispiel bei der Finanzmarktaufsicht und bei der Landespolizei. Hinweise im Zusammenhang mit Aufsichtsrecht, Wirtschaftskriminalität, Korruption und Geldwäsche können damit auch anonym abgegeben werden. Hinweisgeber sind also geschützt.

**Wie steht es mit einer Aussöhnung mit Kieber? Nach allem, was man weiß, ist er nach wie vor mit geheimdienstlichem Schutz untergetaucht.**

(überlegt lange) Damit habe ich mich noch nie befasst, und es hat mich auch noch keiner danach gefragt. Ich denke aber nicht, dass eine Aussöhnung das richtige Zeichen wäre. Was mir aber sehr wichtig ist: Ich persönlich fühle mich mit dem heutigen Finanzplatz, den heutigen Regeln und Prozessen sehr viel wohler, als das im Jahr 2008 oder davor der Fall gewesen wäre.

**Aber eine Aussöhnung oder Amnestie würde Banken und Treuhändern signalisieren, bei Verdacht auf krumme Geschäfte doppelt genau hinzusehen.**

Bei Verdacht auf krumme Geschäfte wird heute schon sehr genau hingesehen. Man sollte aber nicht außer Acht lassen, dass Datendiebstahl und der Verkauf von gestohlenen Daten keine Kavaliersdelikte sind – auch in anderen Ländern nicht. 